SPD-Fraktion Fraktion DIE GRÜNEN	Drucksache Nr. A/15/3028-01	Termin 30.09.2013	
Antragsvorlage			**öffentlich**

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
30.09.2013	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN:
Verantwortung wahrnehmen - Oberhausen bürgernah, wirtschaftlich, sozial und umweltfreundlich weiterentwickeln

Beschlussvorschlag

Mit den Entscheidungen des Rates der Stadt Oberhausen haben wir in Oberhausen durch die Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen erreicht, wieder einen genehmigten Haushalt zu erlangen und ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept auf den Weg zu bringen.

Das Haushaltssanierungspaket aus dem Jahre 2012 mit den nicht einfachen Detailentscheidungen war zwingend notwendig, um für unsere Heimatstadt wieder vermehrt eigenständige Handlungs- und damit Gestaltungsperspektiven zu erreichen.

Diese wollen wir nutzen.

Wir wollen das Stadtentwicklungskonzept Schritt für Schritt zu einem gesamtstädtischen Handlungskonzept ausbauen, das einen integrativen Ansatz verfolgt, städteübergreifende Zielsetzungen und kleinteilige Quartiersprogramme in Einklang bringt, langfristig angelegte Leitprojekte formuliert und die Bürgerinnen und Bürger in den Prozess mit einbezieht. Dabei werden wir die Herausforderungen der sozialen Entwicklung, des Klimawandels und des demographischen Wandels mit gezielten städtebaulichen Maßnahmen angehen.

Auf der Grundlage und in Konkretisierung des am 15. Juli verabschiedeten Antrags „Lokale Strategie zur Anwendung integrierter Handlungsansätze in der Quartiersentwicklung“ beschließt der Rat der Stadt Oberhausen:

Vorsitzender SPD-Fraktion	Sprecherin Fraktion DIE GRÜNEN
W. Große Brömer **Wolfgang Große Brömer MdL** **18.09.2013**	R. Wittmann **Regina Wittmann** **18.09.2013**

1. Der nunmehr mögliche Ankauf des HDO-Geländes und des Gartendoms durch die Stadt bzw. durch städtische Tochtergesellschaften wird ausdrücklich begrüßt. Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung auf, kurzfristig einen für das HDO-Gelände ausgereiften Bebauungsplan im Hinblick auf eine Wohnbebauung vorzulegen und das HDO-Gebäude kurzfristig abzureißen. Der denkmalgeschützte Gartendom - früher Kokskohlenvergleichsmäßigungsanlage - soll, wenn sich eine finanzierbare Gestaltungsmöglichkeit ergibt, erhalten bleiben.

2. Die Privatinvestition in Osterfeld an der Bottroper Straße mit der Zielsetzung, durch den Bunkerabriss und der Errichtung eines Vollsortimenters den Einzelhandelsstandort Osterfeld weiter zu stärken, wird vom Rat der Stadt positiv begleitet.

3. Der Rat der Stadt appelliert an die Eigentümer der Gebäude am Marktplatz Osterfeld, zu kooperieren, um eine städtebaulich sinnvolle Bebauung zu realisieren. Wir fordern die Verwaltung auf (ggf. im Rahmen eines professionellen Moderationsverfahrens), sich nochmals mit den Eigentümern in Verbindung zu setzen, um eine positive Entscheidung herbeizuführen.

4. Die Entwicklungen um den Schacht IV in Osterfeld werden vom Rat der Stadt ausdrücklich als positives Beispiel für eine kleinteilige Quartiersentwicklung mit hohem Standard unterstützt.

5. Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung / die städtischen Tochtergesellschaften auf, die ehemalige Eislaufhalle des Revierparks Vonderort zu übernehmen und für die Inline-Skater-Vereine in Oberhausen herzurichten. Durch die Neugestaltung einer Inline-Skater-Halle werden mittelfristig erhebliche Gebäudeunterhaltungskosten in den übrigen Sporthallen eingespart.

6. Die Umgestaltung auf dem Gelände des ehemaligen Hallenbades Osterfeld hin zu einem Bestandteil des medizinischen Angebots des Katholischen Klinikums Oberhausen wird vom Rat der Stadt unterstützt. Eine konkretisierte Planung für das Gelände wird spätestens zum Frühjahr 2014 vom Rat der Stadt erwartet.

   Diese Leitprojekte für Osterfeld sollen umfassend mit der Bevölkerung in ihrer Umsetzungsphase beraten werden. Hierfür erwarten wir ein Kommunikationskonzept von der Verwaltung.

7. Die Innenstadt und hier insbesondere die Marktstraße sind mehr als ein reines Einzelhandelszentrum. Der Rat der Stadt begrüßt alle Aktivitäten, die darauf abzielen, eine Revitalisierung der Innenstadt sicherzustellen – auch hinsichtlich des gastronomischen Angebots. Die 20.000 Bürgerinnen und Bürger, die in unmittelbarer Nähe der Haupteinkaufsstraße wohnen und leben, haben einen Anspruch darauf, dass Politik für die Marktstraße Lösungen präsentiert. Der Rat der Stadt steht zu dieser Verantwortung.

8. Das private Engagement der Händler und Initiativen an der Oberen Marktstraße, durch ihre Aktivitäten mehr Grün in die Innenstadt zu bringen, wird ausdrücklich unterstützt. Sollte sich dieses Projekt nachhaltig gut entwickeln, so sollten wir grundsätzlich für die gesamte Innenstadt ein Projekt „Mehr Grün – mehr Lebensqualität“ für die Innenstadt auflegen. Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie nach einer Auswertung der Ergebnisse an der Oberen Marktstraße den zuständigen Gremien des Rates der Stadt zum Frühjahr 2014 ein Konzept vorlegt.

9. Die Einrichtung des neuen Jugendzentrums im städtischen Gebäude an der Lothringer Straße / Hermann-Albertz-Straße ist eine weitere Chance für die Aufwertung der Innenstadt von Alt-Oberhausen. Insbesondere im Sozialraum Innenstadt bedarf es einer offenen Kinder- und

Jugendarbeit. Diese werden wir u.a. an diesem Standort verwirklichen. Die Verwaltung wird aufgefordert, mit den zuständigen Stellen des Landes die Förderfähigkeit des Projektes im Rahmen Soziale Stadt zu prüfen und - wenn notwendig - kurzfristig die Förderanträge zum Stadterneuerungsprogramm 2013 zu überarbeiten. In diesem Zuge sollten auch der Schulhof für die Brüder-Grimm-Schule in die Umgestaltungsplanungen und eine energetische Sanierung des Gebäudes mit einbezogen werden.

10. Die Zentralisierung der Job-Center - einerseits im Arbeitsamt Oberhausen an der Mülheimer Straße und andererseits an der Unteren Marktstraße voraussichtlich für das Job-Center Alt-Oberhausen - wird vom Rat der Stadt unterstützt und wird als ein erster Schritt zur Zusammenfassung weiterer städtischer Institutionen gesehen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Baugenehmigungen für die Job-Center Sterkrade und Osterfeld bis Ende 2015 befristet sind. Die Stadt / die städtischen Tochtergesellschaften sollen die notwendigen Grundstückskäufe vornehmen und das Projekt „Bürogebäude Untere Marktstraße“ verwirklichen. Der Rat der Stadt sieht hiermit die einmalige Möglichkeit, die Besucherfrequenz der Innenstadt von Alt-Oberhausen zu stärken, denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Job-Center sind potenzielle Kunden des Einzelhandelsstandorts Marktstraße. Die einhergehende Reaktivierung des „Parkhauses Linsingenstraße“ ist hierbei ein „Muss“. Konzept und Finanzplanung müssen schnellstmöglich vorgelegt werden.

11. Da es sich bei dem Gebiet um die Marktstraße um eine sogenannte „Wärmeinsel“ handelt, müssen notwendige Grünflächen und Durchlüftungsmöglichkeiten erhalten bzw. geschaffen werden. Dazu gehört auch die Prüfung von Maßnahmen zusätzlicher Entdichtung.

    Wir versprechen uns insgesamt von den vorgenannten Projekten eine erhebliche Verbesserung des Standortes „Marktstraße“. Wie bereits erfolgreich in Sterkrade mit dem Technischen Rathaus realisiert, erwarten wir, dass sich durch öffentliche Investitionen auch private Investoren aktivieren lassen.

12. Zur Stabilisierung von Wohnquartieren werden die städtische Tochtergesellschaft OGM, die Sparkasse sowie die Planungs- und Sozialverwaltung zur intensiven Kooperation bei Zwangsversteigerungen von Mietimmobilien aufgefordert. Mit einem frühzeitigen Handeln städtischer Akteure kann einem möglichen Trading-Down-Prozess entgegengewirkt und eine negative städtebauliche Entwicklung vermieden werden.

13. Ein Investor hat die Hauptpost erworben und beabsichtigt, diesen Standort zu einem altengerechten Wohnkomplex umzubauen. Wir erwarten von der Verwaltung eine aktive Unterstützung bei der Umsetzung der Planungen des Investors. Dabei muss eine Lösung für die derzeit in der Hauptpost angesiedelte Kreativwirtschaft gefunden werden. Die barrierefreien Gebäude, die ein Projektentwickler am Pacelli-/ Schlingensiefquartier verwirklicht hat, zeigen, dass ein hohes Interesse an altengerechten Wohnungen mit hoher Qualität in der Innenstadt besteht.

14. Wir erwarten vom Landesbetrieb Liegenschaften und Bauen bis Ende 2013 den Abriss des ehemaligen JVA-Gebäudes bzw. eine alternative Nutzung. Eine mögliche Nachfolgenutzung könnte die Zentralisierung der Finanzämter Nord und Süd an diesem Standort sein. Auch alternative Investitionen zur Nutzung des Gebäudes als Hotelstandort, werden vom Rat der Stadt im Hinblick auf positive Auswirkungen für die Innenstadt zu prüfen sein.

15. Styrumer Pfad
    Oberhausen als fahrradfreundliche Stadt ist bestrebt, die vorhandenen regionalen und überregionalen Radwegeverbindungen weiter zu ergänzen. Ein wichtiges Projekt ist hierbei

die Realisierung einer regionalen Fuß- und Radwegeverbindung auf der ehemaligen, 1996 stillgelegten Bahntrasse von Mülheim - Styrum nach Duisburg - Meiderich.
Der Rat der Stadt Oberhausen fordert die Verwaltung auf, mit Nachdruck beim RVR die zeitnahe Umsetzung des Projektes einzufordern.

16. Grünzug A (Weierheide)
Der RVR beabsichtigt, innerhalb eines Grünzuges zwischen den beiden Erholungsräumen Sterkrader Wald und Neues Emschertal eine neue Grünverbindung anzulegen und diese mit einem Fuß- und Radweg zu versehen. Der Rat der Stadt Oberhausen unterstützt die Entwicklung und Sicherung dieses Landschaftsteils (Grünzug Weierheide) und sieht in der Realisierung des Projektes eine positive Wirkung auf die Erholungsnutzung sowie einen wichtigen Beitrag zum Biotopverbund.

17. John-Lennon-Platz einschließlich Haus der Jugend
Auch nach der Würdigung des Zweitgutachtens der Bürgerinitiative „Wir sind Oberhausen“ hat die Obere Denkmalbehörde das Gebäude als nicht denkmalschutzwürdig eingestuft. Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung auf, den Abriss des Gebäudes des Hauses der Jugend zu beauftragen.
Gleichzeitig macht der Rat der Stadt deutlich, dass auf der Fläche des John-Lennon-Platzes 2.000 qm als Ausgleichsfläche für die Baumaßnahme Straßburger Straße / Seilerstraße verplant werden und dass darüber hinaus max. 50 % der Gesamtfläche für eine Bebauung, die sich in das Quartier zwingend einbinden muss, zur Verfügung gestellt werden. Gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen aus dem Quartier muss eine adäquate Spiel- und Freizeitfläche als Ausgleich für den im Rahmen des Sportstättenentwicklungskonzepts abgängigen Sportplatz geplant und umgesetzt werden. Dieser Planungsansatz ist für die Entwicklung des Geländes mit potenziellen Investoren zwingend zu berücksichtigen. Die Verwaltung wird aufgefordert, in einem kurzfristig zu beginnenden Prozess mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort möglichst einvernehmliche Gestaltungsperspektiven zu erarbeiten und dem Rat der Stadt vorzulegen. Dabei ist ebenfalls zwingend, den Baumbestand weitestgehend zu erhalten.

18. P&C-Gebäude
Der Rat der Stadt fordert den Eigentümer des P&C-Gebäudes auf der Marktstraße auf, mit der öffentlichen Hand endlich Gespräche aufzunehmen, um eine Reaktivierung dieses herausragenden Baukomplexes zu ermöglichen.

19. Ehemaliges Lyzeum
Die Baugenehmigung für die neuen Eigentumswohnungen im ehemaligen Lyzeum in Oberhausen ist von der Verwaltung im Juni erteilt worden. Wir erwarten von dem Eigentümer, dass nunmehr kurzfristig dieses Gebäude umgebaut und der unhaltbare Zustand an diesem Standort beseitigt wird.

20. Bero-Gelände
Die Weiterentwicklung des Bero Zentrums zeigt die Zugkraft des Handelsstandortes Oberhausen für die Region. Das Bero Zentrum ist aber auch der direkte Konkurrent zum Handel auf der Marktstraße. Deshalb sind die beschriebenen Aktivitäten für die Innenstadt auch im Kontext mit den Aktivitäten des Bero Zentrums zu verstehen. Des Weiteren fordern wir die Verwaltung auf, zu prüfen, ob eine Verlagerung der Verwaltungsstandorte von der Concordiastraße an einen anderen Standort inhaltlich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

21. Kaiser & Ganz
Die Immobilie Kaiser & Ganz im Zentrum von Sterkrade muss zwingend einer Überplanung zugeführt werden. Da zurzeit nicht über eine Folgenutzung entschieden ist

(Insolvenzverfahren), kann es kurzfristig erforderlich sein, dass die Stadt / die städtischen Tochtergesellschaften beauftragt werden könnten, das Gebäude eventuell zu erwerben. Die Initiative der Sterkrader Interessensgemeinschaft, mit Hilfe einer Volks-Aktie Leerstände zu beseitigen, wird ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

22. Für die stark verdichteten und versiegelten Zentren von Alt-Oberhausen, Osterfeld und Sterkrade wird die Verwaltung beauftragt, ein Grünflächenkonzept auf der Grundlage der Konzeption „Parkstadt Oberhausen“ weiter zu entwickeln und 2014 vorzulegen.

23. Finanz-/Wilhelmstraße
Es wird begrüßt, dass Stadt / städtische Tochtergesellschaften gemeinsam mit der Stadtsparkasse Oberhausen erste Planungen zur Entwicklung dieses Wohnquartiers eingeleitet haben. Sollte es eine wirtschaftlich tragfähige Lösung geben, so würden wir begrüßen, dass die Bibliothek Sterkrade in die Räumlichkeiten der ehemaligen Stadtsparkassenfiliale Sterkrade umzieht. Private Investitionstätigkeiten am Standort des Wohn- und Geschäftshauses Finanz- / Wilhelmstraße mit der Zielsetzung, altengerechte Wohnungen anlog zum Pacelli- / Schlingensiefquartier in Alt-Oberhausen zu erstellen, wären eine Bereicherung für den Wohnstandort Sterkrade. Hier unterstützen wir die Aktivitäten der Verwaltung der Stadt Oberhausen.

24. „Lärmschutz ist Gesundheitsschutz“
Gewerbegebiet Waldteich / Weierheide
Alle Aktivitäten zur gewerblichen Nutzung der Flächen östlich der Autobahn im Gebiet Waldteich / Weierheide können nur verwirklicht werden, wenn ein effektiver Lärmschutz für die Bevölkerung im Norden Oberhausens vorhanden ist. Für den Rat der Stadt Oberhausen steht fest, dass ein zusätzlicher Schwerlastverkehr nicht zu weiteren Belastungen der dort ansässigen Bürgerinnen und Bürger führen darf. Eine Andienung dieses Gewerbegebietes über einen Autobahnanschluss muss daher weiterhin unsere Forderung gegenüber Bund und Land sein. Die Prüfung einer Reaktivierung des Güterschienenverkehrs darf dabei nicht außer Acht gelassen werden.
Darüber hinaus streben wir die Reservierung eines Teils der Fläche im Umfang von ca. 50.000 bis 80.000 qm für einen neuen „Grünen Gewerbegürtel“ an. Das herausragende Beispiel der Entwicklung des Gebietes „Erlengrund“ ist dabei für uns beispielhaft. Wir erwarten von der Verwaltung und der Wirtschaftsförderung, mit allen Beteiligten konkrete Gespräche zu führen und dem Rat der Stadt bis spätestens zum kommenden Frühjahr einen Bericht zum Stand der Verhandlungen vorzulegen.

25. Zeche Sterkrade
Das Gelände der ehemaligen Zeche Sterkrade sollte nach Planungen in den vergangenen Jahren zu Wohnbauzwecken genutzt werden. Der Rat der Stadt sieht nunmehr keine realistische Möglichkeit, die komplette Fläche für eine reine Wohnbebauung zu entwickeln. Daher beauftragt der Rat der Stadt die Verwaltung, die Planungen für das Gelände der ehemaligen Zeche Sterkrade hin zu einer Mischnutzung aus grünem Gewerbegebiet und wohnbaulicher Nutzung weiter zu entwickeln. Zur Sicherung dieser wichtigen Fläche wird die Verwaltung aufgefordert, mit der RAG über einen Ankauf bzw. eine gemeinsame Projektierung zu verhandeln.

26. Die nun endlich abgeschlossenen Verhandlungen zur Realisierung der Betuwe-Linie sehen umfangreiche Lärmschutzmaßnahmen vor. Die Verwaltung wird beauftragt, bei den Planungen der Lärmschutzwände – insbesondere im Umfeld des Bahnhofs Sterkrade – eine optische Abschottung des Bahngeländes zu verhindern.

SPD-Fraktion Fraktion DIE GRÜNEN	Drucksache Nr. A/15/3028-01	Termin 30.09.2013	

Die DB AG hat die Renaturierung des Alsbachs als Ausgleichsmaßnahme für den Ausbau der Betuwe-Linie eingeplant. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern darauf hinzuwirken, dass diese Maßnahme umgesetzt werden kann.

SPD-Fraktion Fraktion DIE GRÜNEN	Drucksache Nr. A/15/3028-01	Termin 30.09.2013	

Begründung

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.